

## **Die Demokraten feiern Hillary Clinton, während der bevorstehende Jahrestag der Rassenunruhen in Ferguson, Missouri, alte Debatten lostritt**

*Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung vom 25. Juli bis zum 31. Juli 2016*

(rs) Die U.S.-Zeitungen beschäftigten sich diese Woche hauptsächlich mit dem Parteitag der Demokraten in Philadelphia, während abseits der großen politischen Bühne der Jahrestag der Rassenunruhen in Ferguson, Missouri, seinen langen Schatten voraus wirft.

Die Democratic National Convention (DNC) ist vorüber, und Hillary Clinton steht als erste Frau in der Geschichte offiziell als Präsidentschaftskandidatin fest. Nachdem ein neuer innerparteilicher E-Mail Skandal Anfang der Woche für einen etwas holprigen Start gesorgt hatte, fand der demokratische Parteitag ein versöhnliches Ende. Das Stimmungsbild scheint eindeutig, jedenfalls im direkten Vergleich zwischen Hillary Clinton und Donald Trump. So sehen zum Beispiel die *New York Times*, die *Washington Post* sowie der *Boston Globe* Frau Clinton als klare Gewinnerin bei den Umfragewerten. Den Umfragen des renommierten Gallup Instituts zufolge liegt die routinierte Politikerin seit dem Ende der DNC in den Meinungsumfragen unter registrierten Wählern mit 46 % vor dem New Yorker Geschäftsmann Trump mit 39 %. Einen solchen Vorsprung konnte sie zuletzt Anfang Juni vorweisen.

Während Clinton ihrer bisherigen Agenda treu bleibt und nur vage Zugeständnisse in Richtung der bisherigen Sanders-Unterstützer abgibt, scheint es, als ob Trump den spärlichen Rückhalt innerhalb der republikanischen Basis weiter auf die Probe stellt. So sorgte er wieder einmal für Aufsehen durch seine provokanten Kommentare. Beobachtern des bisherigen Wahlkampfs sollte dies nichts Neues sein. Dieses Mal jedoch kommt die Welle der Empörung nicht nur von den Demokraten, sondern vor allem aus dem Lager der Republikaner. So erntete Trump für seine abwertende Bemerkung über die Eltern eines gefallenen muslimischen Veteranen harsche Kritik aus den vermeintlich eigenen Reihen. Unter den von der *Washington Post* und der *New York Times* festgehaltenen Stimmen findet man unter anderem namenhafte Republikaner wie Jeb Bush, Marco Rubio oder den ehemaligen

Präsidentschaftskandidaten John McCain. Dass Trump dieses Mal mit den Veteranen die falsche Klientel als „Sparringpartner“ gewählt hat, scheint immer klarer zu werden. Als Résumé ist jedenfalls jetzt schon zu sagen, dass Trumps Äußerungen den Demokraten in die Hände spielen und vor allem der tiefverwurzelten Beziehung zwischen Veteranenverbänden und der großen alten Partei der Republikaner mehr als alles andere schaden.

Abseits Philadelphias großer politischer Bühne schlägt mit Ferguson, Missouri, eine andere politisch brisante Stadt wieder Funken. Mit dem bevorstehenden Jahrestag der Tode der afroamerikanischen Jugendlichen Micheal Brown und Darren Wilson und den damit verbundenen Rassenunruhen vom 9. August 2014 und 2015 rechnen Offizielle erneut mit Ausschreitungen. Laut der *New York Times* sieht die ehemalige Bundesanwältin und zurzeit für das Amt der Gouverneurin von Missouri kandidierende Catherine Hanaway Vorboten für mögliche Unruhen in den jüngsten Überfällen auf Polizisten. Die traurige Bilanz: drei Schießereien und acht Tote in zehn Tagen. Die angespannte Lage in Ferguson gewinnt zusätzlich an Brisanz durch Forderungen der „Black Lives Matter“-Protestbewegung. Die sich selbst als hierarchielos bezeichnende Bewegung veröffentlichte Ende dieser Woche eine Liste an Kernforderungen. Unter anderem fordert die Bewegung das Ende der systematischen Diskriminierung Farbiger, Investitionen in Gemeinden und Kommunen und politisches Mitbestimmungsrecht auf allen Regierungsebenen. Betrachter dieses politischen Pulverfassens erinnert das mehr und mehr an die Bürgerrechtsbewegung der fünfziger und sechziger Jahre, vor allem, wenn man die ambivalenten Debatten und Forderungen gegen oder für ein härteres Durchgreifen von Polizei und Rechtsstaat hört. Eine signifikante Rolle wird Ferguson besonders für die bevorstehende Wahl für das Amt des nächsten Gouverneurs von Missouri spielen. So jedenfalls das einheitliche Meinungsbild der *New York Times* und *Politico*.

Quellen:

[www.politico.com](http://www.politico.com)

[www.nytimes.com](http://www.nytimes.com)

[www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)

[www.bostonglobe.com](http://www.bostonglobe.com)